

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßte Postzelle oder deren Raum 25 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 18.

Montag, den 22. Januar 1917.

24. Jahrg.

An die Partei!

Die festgefügte Organisation der deutschen Sozialdemokratie ist allzeit von ihren Gegnern als vorbildlich bezeichnet worden; sie ist stets der Stolz der deutschen Arbeiterschaft gewesen. Die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete waren nur zu erlangen auf Grund dieser starken demokratischen Organisation, für deren Mitglieder die Einheitlichkeit im Handeln stets als erste und selbstverständliche Pflicht gegolten hat.

Niemals zuvor war die Geschlossenheit der Partei dringlicher geboten als nach dem Ausbruch und im Verlaufe des Verteidigungskrieges, den Deutschland seit nunmehr 30 Monaten zu führen gezwungen ist.

Einheitlich trat die deutsche Sozialdemokratie, die immer auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden hat, auch beim Ausbruch des Krieges auf. In der Erklärung, die der Abgeordnete Haase für die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 abgegeben hat, heißt es:

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.“

Getreu dieser Erklärung, die sich vollkommen im Einklang befindet mit unseren Grundsätzen, hat die sozialdemokratische Partei sowohl wie auch die Reichstagsfraktion im Verlaufe des Krieges gehandelt. Trotzdem splittierten zunächst vereinzelte Genossen, dann auch Gruppen und Organisationen ab und gingen ihre eigenen Wege. Dieses disziplinlose Verhalten, durch das die Bemühungen der Partei zur Herbeiführung eines baldigen Friedens ganz erheblich erschwert worden sind, wurde unter Hinweis auf Neben- und Förderungen unverantwortlicher Personen und Verbände mit der Behauptung begründet, daß der Verteidigungskrieg Deutschlands zu einem Eroberungskrieg geworden sei und daß die Partei sozialistische Grundsätze mißachte. Diese Behauptungen sind vollkommen unwahr.

Daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führt, sondern gegen eine ungeheure Uebermacht um seine nackte Existenz, also auch um die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft kämpft, kann nach den Antworten der Entente auf das deutsche Friedensangebot und die Anregungen des Präsidenten Wilson von keinem verständigen Menschen mehr bestritten werden.

Durch unsere Parteiorganisation geht ein Riß. In verhängnisvoller Weise haben sich die Zustände innerhalb der Partei entwickelt. Die für jeden Demokratien selbstverständliche Pflicht der Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit wird vielfach mißachtet. Das demokratische Prinzip wird direkt auf den Kopf gestellt: die Mehrheit soll sich dem Willen einer Minderheit fügen.

Zur größten Freude aller Feinde und zum unabsehbaren Schaden der Partei und der deutschen Arbeiterschaft redete

Berlin, den 20. Januar 1917.

und stimmte schließlich nicht nur eine Minderheit der Reichstagsfraktion gegen die Mehrheit, sondern gründete sogar eine besondere Fraktion. Mit der Spaltung der Reichstagsfraktion war in unverantwortlicher Weise das denkbar schlimmste Beispiel für weitere Parteispaltung gegeben worden. Trotz alledem ließen es der Parteivorstand, der Parteiaussschuß und die Reichstagsfraktion bei Tadeln und ernstlichen Ermahnungen, in der Erwartung, daß die in der Opposition stehenden Genossinnen und Genossen sich auf ihre demokratischen Pflichten besinnen und fernerhin Disziplin üben würden.

Diese Erwartungen sind nach jeder Richtung hin getäuscht worden. Die allgemeinen Kriegsnöte, der Schmerz um Verluste, die Sorge um Angehörige usw. — alles das hat, wie in allen andern am Kriege beteiligten Ländern auch bei uns eine Stimmung geschaffen, die von der Opposition restlos ausgenutzt wird, um die Parteilichkeit und die Parteileitung zu verdächtigen und die Leitung der Partei einer Gruppe in die Hände zu spielen, die schon lange Zeit vor dem Kriege darum gekämpft hat. Unausgesetzt hielten und halten die verschiedenen oppositionellen Gruppen — die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die sogenannten Internationalen, die Spartakusanhänger usw. — Konferenzen im Reiche ab, um sich zunächst oppositionelle Strömungen und im Anschluß daran eigene Organisationen zu schaffen.

Verschiedene Parteizeitungen wurden von den oppositionellen Gruppen, die sich untereinander selbst auf das heftigste bekämpfen, hontottiert.

Das Parteileben ist an manchen Orten vollkommen gelähmt worden.

Das Treiben erreichte seinen Höhepunkt in der von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für alle oppositionellen Gruppen einberufenen Reichskonferenz, die am 7. Januar 1917 in Berlin getagt und u. a. beschlossen hat:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in feste enge Fühlung zu einander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatus unermüdet für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen.“

Wenn trotz aller früheren Vorgänge irgendwas in parteigenössischen Kreisen noch Zweifel bestanden haben sollten über die Absichten einer fanatisch-rechtshaberischen Minderheit, der die Mehrheit sich fügen soll, so werden diese Zweifel nunmehr beseitigt sein. Die Reichs-Sonderkonferenz der Opposition und die von dieser gefassten Beschlüsse sind unvereinbar mit dem Organisationsstatut und der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei. Daraus die logischen Folgerungen zu ziehen, war die unerlässliche Pflicht des Parteivorstandes, der diese Folgerungen gezogen und sie dem Parteiaussschuß unterbreitet hat. Der Parteiaussschuß hat die Stellungnahme des Parteivorstandes gebilligt und am 18. Januar nach eingehender Beratung unter ausdrücklichem Hinweis auf die Reichskonferenz der Opposition folgenden Beschluß gefaßt, dem der Parteivorstand beigetreten ist:

„Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteiführer ein Ende zu machen und die durch die Abspaltung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen.“

Parteienossen! Die geschilderten Zustände sind für die Partei unerträglich geworden; sie müßten die Partei zugrunde richten, wenn wir sie länger dulden wollten. Wir wollen und dürfen sie nicht länger dulden. Hoch über allem Dogmenfanatismus und persönlicher Rechtshaberei, hoch über allem anderen muß uns die Partei stehen, die Sachwalterin und Interessenvertreterin der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft. Der Kampf der Partei für den Frieden, gegen die Mißstände in der Volksernährung und gegen den Belagerungszustand darf nicht lahmgelegt werden durch den Kampf in den eigenen Reihen.

Die Aufgaben, die sich im unmittelbaren Anschluß an den Krieg vor uns aufdrängen, auf dessen baldiges Ende nur eine einheitlich handelnde Partei mit Ausschluß auf Erfolg hinarbeiten kann, sind geradezu gewaltig. Soll die Partei zu der Zeit, in der sie die wichtigsten Aufgaben im Interesse des arbeitenden Volkes zu leisten hat, wenn es gilt, entscheidende Kämpfe um politische Rechte zu führen und das Koalitionsrecht gesetzlich zu verankern, ohnmächtig sein? Könnte sie bei der Lösung der Steuerfragen die Interessen des arbeitenden Volkes wirksam vertreten, für die Opfer des Krieges, für die Witwen und Waisen mit der geringsten Aussicht auf Erfolg eintreten, wenn sie nicht einheitlich und geschlossen aufzutreten vermöchte? Soll die Partei nach dem Kriege in Trümmern liegen oder nicht? Das ist die Frage, auf die es ankommt.

Wir wollen die Partei wieder aktionsfähig machen und rufen die Genossen hiermit zur Mitarbeit auf.

In unserer Partei müssen die uneingeschränkte Meinungsfreiheit, das Recht auf die rückwärtslose Kritik unter allen Umständen sichergestellt sein. Daran darf nicht gerührt werden. Diesen unantastbaren Rechten gegenüber steht freilich die Pflicht der Disziplin, d. h. die Pflicht der Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, die Einheitlichkeit im Handeln.

Es muß jetzt Klarheit in der Partei geschaffen werden. Wer fernerhin zur Sozialdemokratischen Partei stehen und ihr die Treue halten will, der kann nichts gemein haben mit dem, was auf der Reichskonferenz der verschiedenen oppositionellen Gruppen beschlossen worden ist.

Es muß jetzt Klarheit bekannt werden. Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.

Parteienossen! Erwidert denn je ist die Zeit für unser Land und unser Volk: erstere denn je zuvor auch für unsere Partei. Seid Euch alle der vollen Verantwortlichkeit, die jetzt auf jedem einzelnen lastet, bewußt und handelt als Sozialdemokraten, wie es Euch die Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft gebietet.

Der Vorstand

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vom Tage.

Der schlimmste Feind unserer Truppen an der Serethfront ist das jetzt schon wochenlang anhaltende schlechte Wetter, das sowohl die Tätigkeit der Artillerie, als auch den Vormarsch der Infanterie stark behindert; trotzdem ist es dem Zentrum der Armee v. Madenski nunmehr gelungen, durch die Erstürmung von Kanesti abermals die russischen Stellungen am Südbufer des unteren Sereth zu durchbrechen und dem Feinde dadurch eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Es ist hierbei besonders bemerkenswert, daß der Angriff unserer Truppen an derselben Stelle erfolgreich einwirkte, wo die Russen ihren ersten Entlastungsversuch unternahmen, d. h. ungefähr im Raume von Fundeni. Die Befestigungswerte, die die Rumänen am Nordufer dieser Stelle des Sereth zwischen Calkeni und Blachmirescu besaßen, sollten den Geschützarten russischen Vorstoß damals wesentlich unterstützen; jetzt waren sie nicht einmal mehr imstande, die Besetzung von Kanesti durch deutsche Truppen zu verhindern. In taktischer Beziehung wird uns diese Verbesserung unserer Frontlinie den weiteren Angriff auf die eben erwähnten permanenten Anlagen am Nordufer des Sereth sehr erleichtern. In strategischer Beziehung ist unser Sieg zunächst gerade im Hinblick auf die russische Niederlage bei Fundeni ein wichtiger moralischer Erfolg, dessen Bedeutung auch tatsächlich dadurch noch wächst, daß wir nunmehr den allerdings immer schwach gebliebenen Keil, den die Russen hier zwischen den beiden Flügeln der Armee Madenski vorzutreiben versucht hatten, endgültig zertrümmert haben.

Unterdessen haben die neu ins Gefecht eingeleiteten Rumänen abermals mit großer Fähigkeit versucht, den Truppen des Erzherzogs Josef bzw. seines Unterführers, des Generals v. Gerol, eine ernsthafte Schlappe zu bereiten. In ihrer alten Angriffsfront, nördlich des Sufitales, versuchte die feindliche Heeresleitung im fünfmaligen Ansturm rumänischer Truppen die hier verlorengegangenen Höhenstellungen wieder zu gewinnen. In allen Stellen wurde dieser verzweifelte Vorstoß, der einen Keil zwischen die Armeegruppen Erzherzog Josef und v. Madenski treiben sollte, restlos abgesehen, und die Rumänen büßten in diesen Gefechten außer einer großen Zahl von Toten und Verwundeten an Gefangenen wiederum 100 Mann ein. Sowohl die Kämpfe im Sufitale, wie diejenigen bei Kanesti zeigen deutlich den ungeheuren Nutzen, den die Besetzung der Festung Fociani unserer Truppen gebracht hat. Diese Stadt dient jetzt sowohl den Truppen des Generals v. Gerol, als denjenigen des Generals v. Jaldenagan als operativer Stützpunkt, sie verhindert die Durchführung einer auf breiter Front angelegten gemeinsamen russisch-rumänischen Gegenoffensive, da eine solche in den östlichen Forts der besetzten Festung zu starkem Widerstand begeben würde. Dergefallt ist eine gewisse strategische Trennung zwischen den nordwestlich von Tecuciu kämpfenden Rumänen und den südlich hieron stehenden Russen erfolgt, die naturgemäß auf unsere weiteren Operationspläne von wesentlichem Einfluß ist.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erwähnt zum erstenmal Friedensströmungen in der Pariser Bankwelt. Es heißt in dem Bericht, daß sich in der internationalen

Bankwelt Stimmen bemerkbar machen, die eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Deutschland für wünschenswert halten.

Nicht nur die englische unabhängige Arbeiterpartei, sondern auch die Union für demokratische Kontrolle der Politik hat sich schriftlich an den Präsidenten Wilson gewandt und erklärt, daß sie auf Grund ihrer genauen Kenntnis der öffentlichen Meinung in England und besonders in den Arbeiterkreisen feststelle, daß der Wunsch, diesen schrecklichen Krieg zu beenden, tief in dem breitesten Kreise der Bevölkerung Wurzel gefaßt habe.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Washington: Ich bin nach einer Umfrage in Regierungskreisen zu der Ueberzeugung gelangt, daß Wilson über die Entente nicht ungehalten ist, vielmehr seine Genugtuung darüber kundgegeben hat, daß nunmehr alle Welt wisse, welche Hindernisse einem baldigen Friedensschluß entgegenstehen. Es ist ferner durchgedrungen, daß Wilson seine Idee von der Begründung eines Völkerbundes nicht aufgegeben hat. Die deutschfeindliche Presse führt die Hoffnung des Präsidenten dadurch, daß sie erklärt, Deutschland würde sich den Bemühungen Wilsons nach dieser Richtung hin anschließen. Es scheint; daß der Präsident nach Prüfung der Frage einen Versuch machen wird, um der Friedenspropaganda in allen Ländern einen neuen Halt zu verleihen.

In der französischen Kammer wünschte der Sozialist Presseman die Regierung über die Antwort der Illustrierten an Wilson zu interpellieren. Ministerpräsident Briand betonte in der Sitzung dieser Interpellation auf unbestimmte Zeit und erklärte:

In Beantwortung des lokalen Erziehung der großen amerikanischen Nation haben wir den Grund, warum wir kämpfen, und die Sühne (sanctions), Wiedergutmachung und Bürgschaften, welche wir verlangen, freimütig und bestimmt aneinandergelegt und unsere Kriegsziele genannt. Was können wir mehr sagen? Warum sollen wir in einen Meinungsaustrausch eintreten und Gefahr laufen, die Wirksamkeit eines Schriftstückes zu beeinträchtigen, dessen Freimut und Klarheit allen unabhängigen Völkern zum Bewußtsein gekommen ist? (Lebh. Beifall.)

Die Kammer vertagte die Interpellation auf unbestimmte Zeit mit 437 gegen 37 Stimmen.

Die französische Kammermehrheit hofft und räumt also mit Briand weiter auf einen Sieg der Alliierten und auf Verwirklichung der wahnwitzigen Kriegsziele des Jahnverbundes. Man erkennt dort immer noch nicht, daß Frankreich den unseitigen Krieg nur für England weiterführt. Und doch bricht sich dieses Erkenntnis immer mehr Bahn. Der ehemalige Präsident Fallières hat einem Mitgliede der französischen Friedensgesellschaft, Professor Desfort, gegenüber dieser Erkenntnis in folgenden Worten Ausdruck gegeben:

Das deutsche Friedensangebot ist ernsthaft gemeint, denn seine Regierung wagt es, den leidenden Menschen ein Trugbild des Friedens vorzugaukeln. . . . Deutschland hat keine Wünsche zu erfüllen, es will keine Eroberungen machen, es kämpft ohne Annexionsgedanken, wenn man den Versicherungen der deutschen Regierung glauben darf. . . . Ich glaube, daß sich Deutschland und Rußland über Belen unsehbar werden verständigen können, wenn erst von russischer Seite der Wille zur Verständigung vorhanden ist. Von Deutschland liegen keine Hemmungen vor, wenn jetzt der Frieden geschlossen werden sollte. Dagegen ist der Krieg für die Entente noch nicht friedensreif. Hier liegen alle Probleme noch offen, die nur durch die Niederwerfung der Mittelmächte gelöst werden können. Nur eine Niederlage Deutschlands setzt England in die Lage, alle jene Verpflichtungen zu erfüllen, die es eingegangen ist. An die Macht Englands, an seinen Kredit klammern sich die kleinen Staaten, die ihre Existenz für die Entente in die Wagschale geworfen haben. Ein verlorener Krieg frecht Englands Flagge von den Meeren, und darum ist es leicht zu verstehen, daß England mit dem ganzen Ausmaß seiner ungeheuren Machtmittel diesen Krieg kämpft. Wir Franzosen können einen verlorenen Krieg härter erwinden als England. Wir sind in erster Linie Kontinentalmacht und unsere Politik bewegt sich im Gegensatz zur englischen in einfacheren Linien. Der gangbare gesunde Bau des englischen Weltstaates dagegen muß in sich zusammenfallen, wenn ihm ein Gelingen des Fundaments entzogen wird. Dieser Götzein ist der Glaube der Welt an Englands Unbesiegbareit. Ein nicht gewonnener Krieg ist für England ein verlorener Krieg. Von diesem Gesichtspunkt aus also ist der Krieg für England noch nicht friedensreif. England muß liegen. Nach einem großen Erfolg, er braucht noch nicht einmal ein entscheidender zu sein, wird Englands Sprache in der Friedensfrage verächtlicher klingen. In Englands Sieg knüpft sich keine gesamte Finanzpolitik. England würde mehr als kein Rationalermöglicher verlieren, wenn es einen Frieden schließt, der ihm von dem deutschen Sieger diktiert würde, denn alle Verbündeten Englands und alle seine Schutzbefohlenen werden dann aus eigener Machtkammerheit das Entschieden Englands aus dem Saß ihrer Staatsbürgerschaften reißen. Verliert England diesen Krieg, dann hat es ebenso viele Feinde, wie es gegenwärtig Freunde besitzt. Darum muß England liegen und darf an keine andere Möglichkeit denken. Besserheit würde sogar der Schein des Sieges genügen.

Der Vorgänger Boisieres auf dem französischen Präsidentenstuhl sagt ganz deutlich, daß der Weltkrieg des Jahnverbundes längst ein englischer Krieg gegen Deutschlands Industrie und Handel geworden ist, und er sagt zwischen den Zähnen, daß Frankreich nur Helfersdiener — gleichsam im englischen Saße — ist, ohne für sich selbst noch etwas gewinnen zu können. Der alte Fallières sieht klar, was ist. Er ist aus den Hoffnungen, Wünschen und Träumen aufgewacht. Wann werden ihm andere folgen?

Der französische Präsident Poincaré, der in der letzten Zeit denkwürdigem Maße den Grundgedanken wiederholt hat, daß Schwaben in Gold, hat sich nun auch über Frankreichs Kriegsziele geäußert. Er erklärte einem amerikanischen Journalisten gegenüber: „Wir sprechen auch in unserer Antwort an den Präsidenten Wilson von der Zurückhaltung, die uns eine entsetzliche Strafe. Hierdurch ist Jahre lang bei Frankreich der Schmerz seiner alten Wunden unterdrückt. Deutschland hat sich im Jahre 1871 Götzein-Verträgen gegen den Willen der Bevölkerung festgesetzt und ist seiner Tugend hat Frankreich als einer Revolutionär führen wollen, denn es wollte zu sein, welche Opfer ein solcher Krieg der Menschheit auferlegen würde. Frankreich wartete und verhoffte, allen Konflikten auszuweichen. Es zeigte sich geduldig, resigniert und eifrig zählende Bewusstseins, wie die von Kaiser und Papst. Aber heute so Deutschland ihm ohne Grund den Krieg erklärt, muß Frankreich seine auf Gerechtigkeit gegründete Forderung nach Zurückhaltung Götzein-Verträgen abgeben.“

Herr Poincaré beschwört, daß Deutschland niemals in Krieg mit Frankreich geraten wird, ohne das anzuerkennen — vor dem Schloß von Versailles, dem französischen Parlament, welches die Beschlüsse — Handelt als mit Rußland.

Von den Kriegsjahresplänen.

Die Kriegslage.
W.B. Berlin, 21. Januar, abends. (Amtlich.)
An der West- und Ostfront keine besonderen Ereignisse.

W.B. Großes Hauptquartier, 21. Januar. (Amtlich.)
Ostlicher Kriegsjahresplan.

Im Ostlichen Kriegsjahresplan sind die Kriegsziele der Ostfront festgelegt. Die Ostfront ist durch die russische Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Ostlicher Kriegsjahresplan.
Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Die Ostfront des Generalobersten Erzherzog Josef.

Die Ostfront des Generalobersten Erzherzog Josef.

Die Ostfront des Generalobersten Erzherzog Josef.

Die über die Sereth-Brücken zurückflutenden Russen wurden von unseren Batterien und Maschinengewehren flankierend gejagt und erlitten schwere Verluste.

1 Offizier, 55 Mann, 2 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer fielen in unsere Hand.

Mazedonische Front.
Im Cerna-Bogen östlich Parafos führte eine deutsche Erkundungsabteilung eine erfolgreiche Unternehmung durch.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

W.B. Berlin, 21. Januar, abends. (Amtlich.)
An der West- und Ostfront keine besonderen Ereignisse.

Wien, 20. Januar. Amtlich wird gemeldet:
Seeresfront des General-Admirals von Mackensen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Nördlich des Sufita-Tales landeten auch gestern die Russen und Rumänen ihre Truppen zu Angriffen vor. Alle fünf Artillerie-Regimenter, wobei der Feind außer schweren blutigen Verlusten 400 Gefangene einbüßte. Nordöstlich von Belgor wurden russische Erkundungsstrümpfe abgewiesen. Bei Balesputa unternahmen unsere Aufklärungsabteilungen einen Überfall auf die feindliche Feldwache.

Ostlicher Kriegsjahresplan.
Front des General-Admirals Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Nichts zu melden.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsjahresplan.
Keine Veränderung.

Wien, 21. Januar. Amtlich wird gemeldet:
Ostlicher Kriegsjahresplan.

Bei der Erkundung des Brückenkopfes Anelli, westlich von Komolaja, wurden 556 Gefangene, 2 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer eingebracht.

Im Mesopotamien-Bezirk wirkte gestern nachmittags starke russische Artillerie gegen unsere Stellungen. Nachfolgende Angriffsversuche der Russen scheiterten schon im ersten Ansehen. Ein österreichisch-ungarischer Flieger zwang ein feindliches Flugzeug der Marinos-Signale zum Landen. Flugzeug und Insasse fielen unversehrt in unsere Hand. Weiter nördlich bei den I. u. I. Truppen nichts von Belang.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsjahresplan.
Unverändert.

Rußland.

Petersburg unterm Standrecht.
Aus Luano wird berichtet: „Secolo“ meldet aus Petersburg: Der Militärbezirk Petersburg ist am 15. Januar den Bestimmungen des verächtlichen Schutzes, der etwa dem Standrecht entspricht, unterstellt worden.

England.

Erpressertaktik.
Holländische Blätter melden, daß der holländische Dampfer „Westdijk“ mit 4500 Tonnen Getreide für die niederländische Regierung schon 34 Tage in Stormoran liegt. Das Schiff mußte den Hafen wegen Kohlenmangels anlaufen. Man behauptete dort dem Kapitän, daß er nur dann Kohlen bekommen könnte, wenn seine Reederei sich verpflichtete, 30 Prozent ihres Laderaumes der englischen Regierung zur Verfügung zu stellen oder jedes ihrer Schiffe eine Reise für englische Rechnung machen zu lassen. Die Reederei konnte auf das Angebot nicht eingehen, weil ihre Schiffe von der niederländischen Regierung für die Getreideanfuhr requiriert sind. Reederei und Regierung unternahmen seitdem vergeblich alle möglichen Schritte, um den Dampfer freizubekommen. Die einzige Möglichkeit, das Schiff herauszubekommen, wäre, es durch Schleppdampfer abholen zu lassen. Aber die Schleppdampfer-Reedereien weigern sich aus Furcht vor englischen Repressalien, diese Arbeit zu übernehmen.

Der Balkankrieg.

England requiriert die griechische Handelsflotte.
Nach einer Seeabmeldung aus Athen beabsichtigt die englische Regierung, die gesamte griechische Handelsflotte gegen Vorschuldung zu requirieren. Die griechische Regierung sei darüber benachrichtigt und beantrage die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln eine genügende Anzahl von Schiffen zur eigenen Verfügung.

Die Vernichtung rumänischer Ölquellen.

Der Schriftleiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ meldet aus Sofia: Die Engländer, die man jetzt über die Vernichtung der Ölquellen in der Walachei hört, lauten recht trübe. Die meisten Petroleumvorkommen wurden in ungeheure Brandstätten verwandelt, deren Flammen weilenweit sichtbar waren und angedeutet, daß des rumänische Nationalvermögen zugrunde geht. Das in den Händen der Rumänen noch befindliche Land ist ein wirres Durcheinander von Abhängen, die alle Straßen füllen und in den Gräben Hunderte vor dem Hunger und Frost Erlegenen zurücklassen.

Der Seetrieg.

Erfolge eines deutschen U-Bootes.
In Rotterdam sind zwei Kapitane und 33 Mann der dänischen Dampfer „Gerda“ und „Chastemærk“ angekommen, die Mitte Dezember bei Swinburne von einem deutschen U-Boot vertriebt wurden. Am 16. Dezember wurde die „Gerda“ von einem deutschen U-Boot ohne Nummer angehalten. Das Schiff erhielt eine aus tiefen Köpfe bestehende Britenbesatzung und wurde darauf als Rettungsboot benutzt. Am selben Tage wurde die „Chastemærk“ angehalten und vertriebt. Die Besatzung von 19 Mann wurde auf die „Gerda“ gebracht, dann ging das U-Boot auf die Jagd nach anderen Schiffen. Das nächste Opfer war der englische Dampfer „Bathall“, dessen Besatzung von 30 Mann eben als an Bord der „Gerda“ gebracht wurde. Einige Stunden später erlitt der japanische Dampfer „Taki Maru“ denselben Los. Hieran schloß die „Gerda“ Dänische, Finnische angliant. Dort wurden die vertriebenen Besatzungen gelandet, worauf die „Gerda“ sich außerhalb der territorialen Gewässer von der Britenbesatzung mit Kohlen zum Zweck getracht wurde. In zwei Tagen hatte das deutsche U-Boot zwei Schiffe vertriebt, darunter zwei japanische und zwei dänische Fahrzeuge.

„Prinz Udalbert“ nach Frankreich verkauft.
Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus dem Haag: Der schwer beschädigte, auf der Rheinlinie liegende Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Prinz Udalbert“ (6030 Brutto-Register-Tons) wurde am Mittwoch zu 5000 Pfund Sterling ausbezahlt. Nach lebhaftem Bieterkampf, an dem lebhaftig französische Reeder beteiligt waren, wurde das Schiff zum außerordentlich hohen Preis von 152 000 Pfund. Sterl. der Pariser Südatlantischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft zugechlagen.

Von der neuen „Möwe“.
Aus Rio de Janeiro wird unterm 18. Januar gemeldet: Nach Berichten von maßgebender Seite war die neue „Möwe“, als sie das letzte Mal gesehen wurde, schwarz angestrichen und hatte vier Torpedolanzierrohre sowie verschiedene Reservelanzierrohre an Bord. Man nimmt an, daß das Schiff gleichzeitig als Minenleger ausgerüstet ist. Der Kreuzer hatte eine große Anzahl Dekorationen an Bord, um durch sie immer wieder das Aussehen des Schiffes verändern zu können, darunter befanden sich auch einige Rohre, die zum Erlegen der Schornsteine dienten. Man meint, daß die „Möwe“ ihren Austrich zu verschiedenen Malen gewechselt hat.

Der „Times“ wird aus Pernambuco vom 18. Januar gemeldet: Der Dampfer „Dramatist“ kam am 18. Dezember in einer Entfernung von 7 Meilen in Sicht des deutschen Handelskreuzers. Das deutsche Schiff kam längs der Küste die deutsche Kriegsschiffe und signalisierte „Licht kappen“. Gleichzeitig wurde ein Teil der Verschönerung am Vorderdeck niedergelassen, hinter der zwei Geschütze von 2 1/2 Zoll sichtbar wurden, die auf den „Dramatist“ gerichtet waren. Dieser stoppte und ergab sich. Hieran kamen bewaffnete Mannschaften an Bord des „Dramatist“. Die Offiziere und ein Teil der Besatzung des letzteren wurde nach dem Handelskreuzer gebracht, der Rest der Besatzung blieb bis Abend, als das Schiff mit Sprengstoff zum Sinken gebracht wurde, an Bord. Später wurde die ganze Besatzung mit Ausnahme von 27 indischen Heizern und 237 Mann von anderen verenkten Schiffen auf den „Hudson Maru“ gebracht. Wenn ein Schiff in Sicht kam, mußten alle, die sich an Bord befanden, in den Schiffsraum gehen, und es wurden die wasserdichten Schotten über ihnen geschlossen. Vor den Türen der Schotten wurde eine bewaffnete Wache aufgestellt.

Reuter meldet aus Rio de Janeiro: Der Marineminister erklärte in einer Unterredung, daß der Dampfer „Hudson Maru“ nicht interniert wird, sondern als deutsche Priße der Jurisdiktion des deutschen Gesandten unterliegen wird. Die Marinebehörden betrachten sie als deutsches Schiff, das somit seine völlige Freiheit erhält.

Reuter meldet aus Washington: Der amerikanische Gesandte in Pernambuco meldet: 9 Amerikaner, die zur Bewachung des „St. Theodore“ gehören, sind dort an Bord des „Hudson Maru“ angekommen. Auch die übrigen Leute befanden sich alle bei bestem Wohlsein.

Die „Nationaltidende“ berichtet aus London, daß die zehn englischen Schiffe, die im Atlantischen Ozean von dem deutschen Hilfskreuzer verenkelt wurden, mit ihren 50 000 Tonnen einen Verlust darstellen, der die Handelsmarine sehr schwer trifft, da die meisten verenkten Schiffe neu und ihre Ladungen sehr wertvoll waren.

Aufgebracht.
W.B. Berlin, 20. Januar. (Amtlich.) Untere Torpedoboots brachten am 19. früh den holländischen Postdampfer „Prins Hendrik“, von Blijssingen nach London bestimmt, zur Untersuchung nach Zeerügg ein.

Der Blijssingen wird mitgeteilt, daß sich an Bord des Dampfers „Prins Hendrik“ drei Belgier befanden. Es war das erste Mal seit der Ausbringung der „Koninkin Regentes“, daß von der Zeelandgesellschaft wieder Belgier zur Reise nach England zugelassen worden waren.

Die Kämpfe im Orient.

Große feindliche Verluste bei Kut-el-Amara.
Amtlicher türkischer Bericht vom 19. Januar: Oestlich von Kut-el-Amara griff der Feind nach Artillerievorbereitung von mehreren Stunden dreimal einen Teil unserer Stellung an. Alle Angriffe blieben ergebnislos. Der Feind erlitt große Verluste. Untere Mannschaften und Freiwilligen der Kavallerie griffen eine Brigade feindlicher Kavallerie an, die sich auf dem Maras befand. Der Feind erlitt große Verluste. Untere freiwilligen Reiter nahmen außerdem dem Feinde drei Maschinengewehre ab und schossen ein einzelnes Flugzeug nieder. Die Trümmer des Flugzeuges befinden sich in unserem Besitz.

Kaukasus-Front: Aus dem rechten Flügel wies der Feind drei feindliche Kompanie auf unsere Vorposten unternahm.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Berückungsmassnahmen.
Berlin, 20. Januar. (Amtlich.) Nach zuverlässigen Nachrichten werden kriegsgefangene deutsche Offiziere seitens der französischen Heeresleitung einer unwürdigen und völkerrhetorischen Behandlung ausgesetzt, um sie zu militärisch wichtigen Aussagen zu zwingen. In bestimmten Sammelplätzen, so z. B. in der Stadel von Amiens, werden sie bis zu 14 Tagen in Einzelhaft gehalten und stets von neuem einem anstrengenden Berufs unternahm. Bei der Verweigerung der Aussagen werden sie bedroht, ja sogar mit einem dreitägigen Dunkelarrest bei Wasser und Brot bestraft. Die Offiziere erhalten Mannschaftslohn, dürfen die Zelle nicht verlassen, schlafen auf Strohmatten und werden in jeder Beziehung unwürdig behandelt. Zur Herbeiführung einer Gleichmütigkeit ist von der deutschen Obersten Heeresleitung angeordnet, daß alle künftige zu Gefangenen gemachten französischen Offiziere und Offiziers-Stellvertreter bis auf weiteres in der gleichen Weise behandelt werden.

Norwegens Kohlennot.
„Sjöreristidende“ schreibt: Die norwegische englische Kräfte ist unverändert. Norwegen bekommt keine Kohlen, norwegische Schiffe bekommen keine Durkohl. Im ganzen sind bereits 50 Schiffe angelegt. Mehrere Gaswerke und andere Betriebe in Norwegen haben bereits die Arbeit eingeschränkt. Die Gaspreise sind zum Teil um 50 Prozent erhöht worden.

Der Parteiausschuss.

(Ausführlicher Bericht.)

Berlin, den 18. Januar 1917.

Die Sitzung findet im Reichstagsgebäude statt. Die Tagesordnung: 1. „Stellungnahme zur augenblicklichen Situation und zu dem Sonderparteitag der Opposition“; 2. „Sonstiges“ wird genehmigt, nachdem auf Anregung

Meerfeld-Rita festgestellt worden war, daß bei dem ersten Punkt auch die Stellungnahme zu den neuesten Vorgängen auf kriegspolitischen Gebiet erfolge könne. Darauf nimmt das Wort zum Referat

Ebert: Die letzten Wochen brachten eine bittere Enttäuschung für unsere Friedensarbeit durch die provokierende Abweisung des Zehnverbandes mit ihren wahrhaftig mühen Erhebungsplänen. Der Zehnverband erklärt als sein Ziel die Abtrennung Ost- und Westpreußen, Nord-Schleswig, der polnischen Gebietsteile von Deutschland, die völlige Zurückweisung Ostpreußen-Litauen und die Aufteilung der Türkei, d. h. Rußland soll künftig politisch entscheidend sein nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Mitteleuropa. Niemand hat die russische Gefahr klarer erkannt und schärfer vor ihr gewarnt als die Altmeister des Sozialismus. Würden die Kriegsziele des Zehnverbandes erreicht, dann käme Deutschland politisch unter den Einfluß Rußlands, seine Volkswirtschaft und sein Außenhandels wären abhängig von der Gnade Englands. Deutschland kämpft heute in der Tat um sein nacktes Dasein und um seine Zukunft; niemand kann heute ernstlich bestreiten, daß sich Deutschland in der Abwehr befindet. Damit sollte eigentlich auch der Kern unseres Parteistretes über den Charakter des Krieges sachlich erledigt sein. Noch auf der Reichskonferenz wurde gesagt, daß Deutschland einen Verständigungsfrieden nicht wolle. Jetzt haben wir gesehen, wie es in Wahrheit steht. — Erst der enge Zusammenhang zwischen unserer Friedensarbeit und der Anerkennung der Pflicht zur Landesverteidigung hat uns Einfluß verschafft auf die Politik des Reiches. Nur gestützt auf eine so starke Volksbewegung für den Frieden konnte die Reichsregierung diesen verantwortungsvollen Schritt tun. Saale hat auf der Reichskonferenz rücksichtslos den Kampf gegen alle verlangt, die sich einem Verständigungsfrieden entgegenstellen. Da darf ich aber dann auch nicht zurücktreten vor den Konsequenzen, wenn die Gegner Deutschlands dieses Hindernis sind. Die Verwirklichung der Kriegsziele des Zehnverbandes würde den Bankrott für Deutschland, für die deutsche Arbeiterbewegung und für die deutsche Arbeiterklasse selbst bedeuten. Wir stehen deshalb auch künftig zu dem am 4. August eingeschlagenen Politik. Sie hat lediglich die Pflicht zur Landesverteidigung festgelegt und zwar unter einmütiger Anerkennung der Gesamtpartei, abgesehen von einigen Sonderlingen, die niemand ernst nahm. Im übrigen ist die Politik vom 4. August lediglich eine Frage der Taktik. Sollen wir etwa gemeinsam mit Bestarp und Bismarck Sturm laufen gegen die Bestmannsche Politik eines verständigen Friedens? Was über Verletzung der Parteigrundsätze geredet wird, das geschieht nur, weil es sich besonders eignet zur Parteiverhöhnung, die betrieben wird, solange die Opposition nicht die Herrschaft in der Partei an sich gerissen hat. Ein Unterchied innerhalb der Opposition besteht nur darin, daß die Spartakusleute offen aussprechen, was sie wollen, während die Arbeitsgemeinschaft hinterhältig verfährt. Zum Beweise dafür verweist Ebert auf die Durchführung der Friedensaktion vom Juni 1915, auf die geheimnisvoll und von langer Hand vorbereitete Fraktionspaltung, auf den Sonderparteitag der Opposition, der gerade während der größten geschichtlichen Ereignisse einberufen und abgehalten wurde. Der von der Parteileitung einberufenen Reichskonferenz hat die Opposition jede Verechtigung zu beschließen, ja sogar zu einer Meinungsäußerung abgelehnt, der durch Geheimaktual einberufene Sonderparteitag der Opposition, der die Parze einer Parteiververtretung war, hat sich zum Richter über die Gesamtpartei aufgeworfen. Diese selbst aber soll nichts zu sagen haben, wenn sie nicht bedingungslos der Opposition zustimmt.

In dem Beschluß des Sonderparteitages ist viel von Gewaltakten des Parteivorstandes die Rede, so von Stuttgart, wo der Parteivorstand pflichtgemäß gegen Beitragsperre und Sonderorganisation vorgegangen ist; von Duisburg, wo es sich darum handelte, anarcho-individualistisches Treiben zu besänftigen; von Bremen, wo gleichfalls Beitragsperre und Parteipaltung proklamiert wurde, und wo es sich ebenso wie in Duisburg darum handelte, gefährlich Unternehmungen der Gesamtpartei vor dem Ruin zu bewahren. Es ist auch auf Frankfurt a. M. hingewiesen, wo aber der Bezirksvorstand im Verlauf des Pressestreites zum Boykott des Parteibüros aufgefordert, wo das Bezirkssekretariat zu einer Sonderkonferenz eingeladen hat und wo der Bezirksvorstand die Verständigungsversuche des Parteivorstandes vereitelt hat. Auch von Berlin ist die Rede. All unsere Versuche, mit der Preßkommission eine Verständigung über Aufhebung des Vorwärtsverbotes herbeizuführen, waren vergeblich. Wir mußten dort mit Genossen verhandeln, deren Namen nicht einmal dem Vorsitzenden der Preßkommission bekannt waren, denen jede Parteierfahrung fehlte. Schließlich mußte aber allgemein anerkannt werden, daß die Aufhebung des Verbotes nur zu erreichen sei, wenn ein Mitglied des Parteivorstandes in die Redaktion eintritt. Eintritt blieben nur die Kompetenzen, die ihm einzuräumen seien. Wir verlangten nur das gleiche Recht, das der frühere Verantwortliche der Redaktion besaß, nämlich Entscheidung über Form und Inhalt des „Vorwärts“. Das lehnte die Preßkommission ab. Wir handelten dann so, wie es das Interesse der Partei gebot. Jetzt erfüllt der „Vorwärts“ wieder seine Aufgabe als Zentralorgan der Partei, deshalb soll er vernichtet werden. Wenn dem blindwütigen Zerstückelungsstreben gegen den „Vorwärts“ Redakteure des Blattes sich angeschlossen, so konnten sie natürlich nicht länger am Zentralorgan beibehalten werden. — Auch von der Unbuddsamkeit der Mehrheit spricht die Opposition. Nun, in Bremen wurde der Parteisekretär Wellmann von der Opposition wegen seiner Gesinnung entlassen, zwei Redakteure in Bremen sollten ausschließlich wegen ihrer Meinung gemahregelt werden, in Berlin wurden zwei altbewährte Parteigenossen aufs Pfahle gesetzt und noch im Juli n. J. haben wir hier über die Knebelung der Meinungsfreiheit der Königsberger Redaktion zu sprechen gehabt. Dazu kommt der standalöse Wahlakt bei der Aufstellung der Kandidaten in Spandau-Potsdam. Dort haben nicht nur die Spartakusleute, sondern auch die Arbeitsgemeinschaft die Parole ausgegeben: lieber einen Konfessionen als einen von der Parteimehrheit. Und diese Leute berufen sich auf Parteigrundsätze und proletarische Interessen!

Die Kosten des Sonderparteitages der Oppositionsgruppen waren nach der Einladung von den Organisationen zu tragen. Unsere öffentliche Warnung blieb unbeachtet. Ganz offen und in unerhörter Weise wurden Organisationen und Mittel der Gesamtpartei mißbraucht. Wir haben die Pflicht, die Einheit der Organisation und Aktion der Partei unter allen Umständen zu wahren und dürfen, wenn nötig, auch vor dem Neuherrn nicht zurücktreten. Der Beschluß des Sonderparteitages ist eine Herausforderung der Gesamtpartei und läßt keinen Zweifel daran, daß es abgesehen ist auf den Bruch mit der Organisation und der Partei. Es wird die Organisation der Opposition gegen die Organisation der Gesamtpartei gegründet durch Zusammenfassung der in ihrer Mehrheit oppositionellen Kreise und Anschließung der in der Minderheit befindlichen Oppositionsgruppen der Mehrheitspartei. Das ist ein glatter Bruch mit dem Mehrheitsprinzip, auf dem unsere Organisation beruht. Es werden auch bereits Beiträge für die Sonderorganisation kassiert. Die Gesamtpartei hat alle Zeit mit äußerster Entschiedenheit jede Sonderorganisation in Partei und Gewerkschaft auf das Schärfste verurteilt; siehe die Beschlüsse von Lübeck, Mannheim, Nürnberg usw. Die Partei und ihr Statut kennen nur die einheitliche Organisation. Länger als ein Jahr wird aber dagegen vorgegangen. Der Bruch mit der Gesamtpartei ist von der Opposition vollzogen, wir haben nur die Folgerungen zu ziehen. Für diesen folgenschweren Schritt tragen diejenigen die Verantwortung, die seit Kriegsausbruch in fanatischer Herrlichkeit die Parteierstörung systematisch betrieben. Wir haben alles getan, um Einheit zu bewahren; die Antwort war meist nur Spott und Hohn. Nun heißt es, für die Gesamtpartei zu handeln. Nach der Auffassung des Parteivorstandes muß in einer klaren Entschiedenheit gesagt werden, daß die Partei für Sonderorganisationen keinen Raum hat und daß jeder, der Hand anlegt an die einheitliche Organisation, das Heimatrecht in der Partei verloren hat. Führen wir einen solchen Beschluß einstimmig durch, dann — davon bin ich fest überzeugt — retten wir die Partei vor Zerstückelung. Damit tun wir unsere Pflicht gegenüber der Partei und der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Reichhaus-Erfurt wirft Ebert aggressives Vorgehen vor, heitret die Richtigkeit seiner Auffassung von dem Beschluß der Sonderkonferenz und appelliert an den Parteiausschuss, den vorliegenden Weg nicht zu betreten, die Verantwortung solle sonst auf die Mehrheit.

Zwischenläufe der Antrag Loeb-Sindermann ein, der bereits veröffentlicht ist. — Auf Antrag Beims und gegen den Widerspruch Lipinskis wird die Redzeit auf 15 Minuten festgesetzt.

Loeb-Breslau führt gegenüber Reichhaus aus, daß man es mit dem bloßen Mißbilligen und Gehenslassen lange genug getrieben habe, mit dem einzigen Erfolg, daß die Spaltungsbestrebungen der Opposition nur zugenommen haben. Man stehe

eben vor der traurigen Tatsache, daß eine Verständigung nicht mehr möglich sei. Die Minderheit, die sich der Einberufung eines Parteitages unbedingt widersetzt, sei bisher immer die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, ob sie sich einem gegen sie ausfallenden Beschluß des Parteitages fügen würde. Der Beschluß der Oppositionskonferenz magde sich in provokatorischer Art die Erklärung der Berliner Verhandlungsgeneralsammlung zu eigen, daß der Parteivorstand und alle sonstigen Mitwirkenden an der Lösung der Vorwärtsfrage ohnes und parteiförmig gehandelt hätten. Mit solchen Leuten, die nach dieser Auffassung eigentlich gar nicht mehr der Partei angehören, könnte die Opposition nicht zusammenbleiben wollen. Die Mehrheit könne sich nicht weiter als Berater an der Arbeiterklasse erklären lassen. Lipinski-Leipzig untersucht die Bestimmung des Parteiprogramms, daß die Partei den Kampf der Arbeiterklasse bewahrt und einheitlich zu gestalten habe und legt den Nachdruck auf das Wort „bewahrt“ (Zurufe: Einheitlich!). Der Streit habe seinen Ausgang davon genommen, daß die Mehrheit die Grundsätze der Partei aufgegeben habe. Auch Kassel habe sich nicht bedingungslos für die Landesverteidigung ausgesprochen, sondern gefordert, daß die Sicherheit der Nation durch ihre Freiheit bedingt sei. Gerade mit Freiheit habe aber das Eintreten für das Hilfsdienstpflichtgesetz nichts zu tun. Die Opposition habe nur von dem demokratischen Parteirecht Gebrauch gemacht, für ihre Anschauungen in der Partei zu wirken. Dies und nichts anderes wollte sie auch weiter tun. Die Mehrheit aber wolle ihrer Auffassung durch Zwang Geltung verschaffen. Sie sei beteiligt und dürfe daher nicht Richter sein. Was der im Statut nicht vorgesehenen Reichskonferenz recht war, müsse auch der Konferenz der Opposition billig sein. Die Gründung des Klubs „Vorwärts“ in Berlin, unter Mitwirkung von Parteivorstandsmitgliedern, die dort auch Reden hielten, sei eine Spaltung der Berliner Organisation (Zuruf: Die den „Vorwärts“ ruinieren will!). Der Redner erklärt namens der Opposition, daß sie sich keineswegs außerhalb der Partei stelle; es fehle auch jede formale Handhabe zu einem Ausschluß.

Reichhaus meint, Reichhaus hätte seine Mahnung an die Opposition richten sollen. Unverständlich sei die moralische Enttäuschung Lipinskis, dessen Genügnungsgenossen doch dem Parteivorstand und der Mehrheit Ehrlichkeit nachsagten. Weder Lipinski noch sonst jemand habe bisher nachweisen können, daß die Haltung der Partei dem Programm widerspreche. Entscheidend aber sei es, daß der Kampf einheitlich geführt werden müsse. Gerade in der jetzigen hochwichtigen Zeit, die auf Jahrzehnte über die Lage der deutschen Arbeiterklasse entscheiden werde, dürfte sich die Partei nicht durch die Opposition so schwächen lassen, daß sie auf jeden Einfluß verzichten müsse. Gerade das demokratische Parteirecht bedinge die Unterordnung unter die Mehrheit. Niemand habe das Recht, nach argen die Aktionen der Partei zu durchkreuzen. Gerade das Interesse der Arbeiterklasse verbiete es, zweierlei Meinungen nach außen hin aufzutreten zu lassen. Das sei der Hauptgedanke. In Toleranz habe die Mehrheit bisher das Neuherrn aufgedeckt.

Ewert-Altona erklärt, daß die zumeist alten Parteigenossen, die in Schleswig-Holstein jetzt die Parteiarbeit zu leisten haben, mit Schmerzen zu der Überzeugung gekommen seien, es in 1917 eine reinliche Scheidung vorgenommen werden.

Dihmann-Frankfurt a. M. beipflichtet eingehend die Frankfurter Differenzen. Dort habe sich der Parteivorstand widersetzlich auf die Seite der Frankfurter Organisation gegen den Bezirk gestellt. Der Opposition falle es nicht ein, eine Sonderorganisation gründen zu wollen, das lege man nur in den Beschluß hinein. Gerade im Interesse der Einheitlichkeit der Aktion der Arbeiterklasse dürfe man nicht so leichtfertig einen Beschluß fassen, der weit hinausgehe über die nur gutachtliche Funktion des Parteiausschusses.

Am Beginn der Nachmittagsitzung legt Ebert die Beitragskarte der Leipziger Opposition vor.

Brau (W.) bekämpft die Behauptung, daß der „Vorwärts“ Eigentum der Berliner sei; er sei Zentralorgan der Partei, und die wichtige Funktion als Zentralorgan sei ihm jetzt zurückgegeben, nachdem er zwei Jahre lang gegen die Partei geführt worden sei. Auch Braun weist auf die Gewaltakte der Opposition in Bremen und Berlin hin und wendet sich eingehend gegen Dignans Angaben über den Frankfurter Streit. Dort habe man versucht, Winter als Redakteur anzubringen; man habe die Vermittlungsversuche des Parteivorstandes vereitelt und der Bezirksvorstand habe den Boykott der „Volksstimme“ empfohlen. Hiergegen mußte der Parteivorstand vorgehen. Jetzt müsse die Partei die Einheit der Partei zum Nutzen der Arbeiterklasse aufrecht erhalten.

Störe ihn nicht, laß ihn schlafen; er wird später essen! — Gut so,“ antwortete Kasimihin.

Seide gingen vorsichtig hinaus und schlossen die Tür. Ein halbe Stunde verging. Kasimihin öffnete die Augen und legte sich auf den Rücken, die Hände über seinem Kopfe kreuzend.

„Wer war er? Jener wie aus dem Boden angewachsene Mensch? Wo war er gewesen und was hatte er gesehen? Alles das war ungewiss! Aber wo mochte er gefanden und gekauft haben? Weshalb kam er erst jetzt aus seinem Versteck hervor? Wie hätte er überhaupt etwas sehen können — was dies denn möglich gewesen.“ „Selbst!“ — fuhr Kasimihin fort, zitternd und frohbekend, „hätte etwa jenes Eis aus dem schuld sein, welches Nikolai hinter der Tür gefunden hat; wäre es nicht möglich? Waren denn Beweise vorhanden? Eine Kugel, war vielleicht vorübergehenden und hatte alles gesehen! Wie war es nur möglich gewesen!“

Er schloß, wie schwach er plötzlich geworden. „Dies müßte ich wissen.“ dachte er dann mit bitterem Lächeln, „wie konnte ich wagen, mich selbst kennend, vorher empfindend, die Art zu ergreifen und mich mit Blut zu beschlehen. Das müßte ich doch vorher wissen. Nun, ich wußte es ja wohl auch.“ flüsterte er verweisselungsvoll.

Ein Zeitlang verharrte er unbeweglich bei einem bestimmten Gedanken.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von S. M. Dostojewskij.

72. Kapitel. Als sich Kasolnikow seinem Hause näherte, tropften seine Schläfen von Schweiß und er atmete schwer. Eilig stieg er die Treppe hinauf, trat in sein offenes Gemach und verschloß daselbst hinter sich. Dann stürzte er, voller Angst und halb ohne Sinnen, nach jenem Winkel, zu demselben Loch in der Tapete, in welchem er seinen Raub geborgen gehabt; er setzte den Arm hinein, und suchte einige Zeit sorgfältig darin umher, indem er alle Fugen der Tapete prüfte. Nachdem er nichts gefunden, erhob er sich — holte tief Atem. Schon als er hin zum Hause Dabalejewskis gienge, war ihm plötzlich eingefallen, es könnte doch etwas von jenen Sachen, vielleicht eine Kette oder Spange, vielleicht auch ein Papier, in welchem etwas eingewickelt gewesen, und das vielleicht eine Anmerkung von der Hand der Alten tragen konnte, ihm auf irgend eine Weise entzungen sein, sich in einer Kiste verloren haben und nun plötzlich zum Vorschein kommen als unverhofftes und nicht zu widerlegendes Beweismittel gegen ihn.

Er stand in Gedanken versunken, ein seltsames, gemeines und halb irres Lächeln glitt über seine Lippen. Endlich ergriß er seine Mütze und verließ leise seine Wohnung. Die Gedanken gingen ihm wirr durcheinander, selbstvergessen trat er zur Tür hinaus.

„Da ist der Herr ja selbst!“ rief eine rauhe Stimme; er hob seinen Kopf.

Der Hausmann stand an der Tür seiner Kammer und zeigte ihm einem niedrig gewachsenen, kleinen Mann, welcher einem Bürger ähnlich sah, in eine Art Hausrod gekleidet war, eine weiße Trug, und aus der Ferne lächelnd einem alten Weibchen ähnlich sah. Sein Kopf, von einer schmierigen Mütze bedeckt, hing nach unten und er selbst war ganz gekrümmt. Sein runzeliges Gesicht verriet ein Alter von etwa 50 Jahren; die kleinen verhältnismäßig Neuglein blickten mürrisch, streng und mißvergnügt.

„Was gibt es?“ fragte Kasolnikow, zu dem Hausmann tretend. Der Bürger richtete das Auge von unten her nach ihm und schaute ihn unverwandt und aufmerksam an, ohne aus der Ruhe zu kommen; darauf wandte er sich wieder langsam, ohne ein Wort zu sagen, und schritt von der Tür nach der Straße.

„Was gibt es denn?“ rief Kasolnikow nochmals. „Nun, es hat jemand gefragt, ob hier ein Student wohne, er hat Euch genannt, und gefragt, bei wem Ihr wohnt. Da kam Ihr und ich habe ihm Euch gezeigt, doch er ist fortgegangen. Ihr laßt es ja selbst!“

Der Hausmann befand sich selbst in Verwirrung, doch war dieselbe nicht zu groß und er zog sich bald wieder in seine Kammer zurück.

Kasolnikow eilte dem Fremden nach, er erblitzte ihn, wie er im Begriff war nach der anderen Seite der Straße hinüberzugehen, mit dem früheren, gleichmütigen und gemächlichen Schritt, das Auge zur Erde gerichtet und wie in Gedanken. Schnell holt er denselben ein, doch folgte er ihm erst eine Weile hinterher, bis er neben ihm herantam und ihm seitwärts ins Gesicht blickte. Jener bemerkte ihn logisch, schaute ihn einmal schnell an und lenkte dann wieder das Auge; so schritten sie beide einige Zeit dahin, einer neben dem andern, ohne daß ein Wort gesprochen ward.

„Ihr fragt nach mir, beim Hausmann?“ begann endlich Kasolnikow, doch in gedämpfter Stimme.

Der Bürger gab keine Antwort, schaute nicht einmal empor. Wiederum herrschte Schweigen.

„Nun, was wollt Ihr denn eigentlich — Ihr kommt und fragt nach mir — und schweigt — was soll das heißen?“ Kasolnikows Stimme klang rau, die Worte schienen ihm nicht recht kommen zu wollen.

Der Fremde hob jetzt den Kopf und schaute Kasolnikow mit bösarigem, finstrem Blicke an.

„Mörder!“ antwortete er dann plötzlich in leiser, aber klarem und bestimmtem Tone.

Kasolnikow ging neben ihm; die Füße wurden ihm jäh fürchtbar schwach, kalt froh es ihm am Rücken hinab, und sein Herz schien ihm einen Augenblick still zu stehen; dann begann es wieder zu schlagen, als habe es sich losgerissen. So gingen beide etwa hundert Schritte nebeneinander in tiefem Schweigen.

Der Fremde würdigte ihn keines Blickes.

„Was wollt Ihr nur — was — wer — ist ein Mörder?“ stammelte Kasolnikow vernehmlich.

„Da bist ein Mörder,“ antwortete jener, noch deutlicher und klarer, und wie es schien mit einem Lächeln triumphierenden Hasses, worauf er Kasolnikow gerade in sein bleiches Gesicht, in sein erschrockenes Auge schaute. So gingen sie bis zum Straßenende; wo sich der Bürger nach links wandte, ohne aufzublicken. Kasolnikow blieb stehen und schaute ihn lange nach. Er gewahrte, daß der Fremde, nach ungeführ fünfzig Schritten, sich umwandte und nach ihm schaute, wie er noch immer unbeweglich auf dem Wege stand. Es war nicht gut deutlich zu sehen, aber Kasolnikow sah es, als ob daselbst triumphierende Lächeln auf seinem kalten haberküllten Gesicht liege.

Mit leisem, schlappendem Schritt, mit wankenden Knien und eilig durcheinander, wandte sich Kasolnikow um und ging wieder heim. Er warf seine Mütze auf den Stuhl und blieb wohl zehn Minuten hindurch davor stehen, ohne eine Bewegung zu

machen. Dann legte er sich kraftlos auf das Sofa nieder, frant, matt stöhnend, streckte er sich auf ihm; sein Auge war geschlossen. So lag er wohl eine halbe Stunde.

Er dachte nichts. Nur einige Gedanken, oder vielmehr Bruchstücke von Gedanken, vage Bilder ohne Zusammenhang — Gesichte von Menschen, die er in seiner Kindheit gesehen, oder die ihm ein einziges Mal begegnet waren, und deren er sich nie wieder entsinnen konnte; der Kirchturm von W., das Bildnis in einem Restaurant und ein Offizier vor demselben, der Zigarettenrauch eines Tabakladens in einem Keller, die schmutzige Treppe zu einem Bierlokal, ganz düster, mit Spülisch und Bierfäulen bedeckt; aus der Ferne der Klang von Glocken. Die Bilder verschwammen untereinander und bildeten ein trauriges Gewirr. Einige gefielen ihm, er klammerte sich an sie, doch schwandten sie hinweg und es schien ihm ein inneres Gefühl leise zu befehlen. Bisweilen ward es ihm ganz wohl, aber eine gewisse Kälte verließ ihn nicht, obwohl dieselbe nicht unangenehm war.

Er vernahm jetzt die hastigen Schritte Kasimihin's sowie dessen Stimme, schloß daher die Augen und stülte sich schlafend. Kasimihin öffnete die Tür, und blieb einige Zeit auf der Schwelle stehen, als befände er sich. Hierauf trat er leise ein und schritt vorsichtig zum Sofa hin. Da vernahm er das Geräusch Kasolnikows.

„Störe ihn nicht, laß ihn schlafen; er wird später essen!“ — „Gut so,“ antwortete Kasimihin.

Seide gingen vorsichtig hinaus und schlossen die Tür. Ein halbe Stunde verging. Kasolnikow öffnete die Augen und legte sich auf den Rücken, die Hände über seinem Kopfe kreuzend.

„Wer war er? Jener wie aus dem Boden angewachsene Mensch? Wo war er gewesen und was hatte er gesehen? Alles das war ungewiss! Aber wo mochte er gefanden und gekauft haben? Weshalb kam er erst jetzt aus seinem Versteck hervor? Wie hätte er überhaupt etwas sehen können — was dies denn möglich gewesen.“ „Selbst!“ — fuhr Kasolnikow fort, zitternd und frohbekend, „hätte etwa jenes Eis aus dem schuld sein, welches Nikolai hinter der Tür gefunden hat; wäre es nicht möglich? Waren denn Beweise vorhanden? Eine Kugel, war vielleicht vorübergehenden und hatte alles gesehen! Wie war es nur möglich gewesen!“

Er schloß, wie schwach er plötzlich geworden. „Dies müßte ich wissen.“ dachte er dann mit bitterem Lächeln, „wie konnte ich wagen, mich selbst kennend, vorher empfindend, die Art zu ergreifen und mich mit Blut zu beschlehen. Das müßte ich doch vorher wissen. Nun, ich wußte es ja wohl auch.“ flüsterte er verweisselungsvoll.

Ein Zeitlang verharrte er unbeweglich bei einem bestimmten Gedanken.

Am Beginn der Nachmittagsitzung legt Ebert die Beitragskarte der Leipziger Opposition vor.

Brau (W.) bekämpft die Behauptung, daß der „Vorwärts“ Eigentum der Berliner sei; er sei Zentralorgan der Partei, und die wichtige Funktion als Zentralorgan sei ihm jetzt zurückgegeben, nachdem er zwei Jahre lang gegen die Partei geführt worden sei. Auch Braun weist auf die Gewaltakte der Opposition in Bremen und Berlin hin und wendet sich eingehend gegen Dignans Angaben über den Frankfurter Streit. Dort habe man versucht, Winter als Redakteur anzubringen; man habe die Vermittlungsversuche des Parteivorstandes vereitelt und der Bezirksvorstand habe den Boykott der „Volksstimme“ empfohlen. Hiergegen mußte der Parteivorstand vorgehen. Jetzt müsse die Partei die Einheit der Partei zum Nutzen der Arbeiterklasse aufrecht erhalten.

Störe ihn nicht, laß ihn schlafen; er wird später essen! — Gut so,“ antwortete Kasimihin.

Seide gingen vorsichtig hinaus und schlossen die Tür. Ein halbe Stunde verging. Kasolnikow öffnete die Augen und legte sich auf den Rücken, die Hände über seinem Kopfe kreuzend.

„Wer war er? Jener wie aus dem Boden angewachsene Mensch? Wo war er gewesen und was hatte er gesehen? Alles das war ungewiss! Aber wo mochte er gefanden und gekauft haben? Weshalb kam er erst jetzt aus seinem Versteck hervor? Wie hätte er überhaupt etwas sehen können — was dies denn möglich gewesen.“ „Selbst!“ — fuhr Kasolnikow fort, zitternd und frohbekend, „hätte etwa jenes Eis aus dem schuld sein, welches Nikolai hinter der Tür gefunden hat; wäre es nicht möglich? Waren denn Beweise vorhanden? Eine Kugel, war vielleicht vorübergehenden und hatte alles gesehen! Wie war es nur möglich gewesen!“

Er schloß, wie schwach er plötzlich geworden. „Dies müßte ich wissen.“ dachte er dann mit bitterem Lächeln, „wie konnte ich wagen, mich selbst kennend, vorher empfindend, die Art zu ergreifen und mich mit Blut zu beschlehen. Das müßte ich doch vorher wissen. Nun, ich wußte es ja wohl auch.“ flüsterte er verweisselungsvoll.

Ein Zeitlang verharrte er unbeweglich bei einem bestimmten Gedanken.

